

ter um die Eroberung Bessarabiens Gebietes zugunsten Italiens. In Italien hat man dafür den schönen Namen vom heiligen Epulismus gefunden. Auch dieser löbliche Name kann die Unethnizität nicht verdecken. Die Entente kämpft jetzt für die Wahrung türkischen Gebietes, für die Vollziehung Seriens und Arabiens vom türkischen Reich. Gerade auf diese türkischen Gebiete hat England allerdings sein Augenmerk gerichtet. England hat nämlich sein Herz für die Araber entzündet und erstrebt vielleicht einen neuen Schutzhof unter englischer Oberherrschaft, der das englische Machtgebiet sehr wesentlich erweitern würde. (Sehr richtig.) Daß die futuristische Ziele Englands ausgehen auf Erweiterung des bisherigen Besitzstandes, zumal in Afrika, das haben die englischen Staatsmänner ja selbst wiederholt ausgesprochen.

Angedachte hier durchaus angefallen, nur auf Esoterikern gerichteten Politik wegen die Staatsmänner der Entente noch immer, von einem ungeschicklichen und autokratischen Deutschland zu sprechen. Neuerdings zeigt sich da ein ganz besonderer Zug in dem Eulien der Rede und Lügen sowie der Verleumdung. Es wird das Schreckensbild hingeworfen, daß wir beschützten, Neutralität der noch neutralen Staaten zu verstoßen.

Ich erlaube die erste Gelegenheit, um mit aller Nachdruck zu versichern, daß wir nie eine auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, die Neutralität eines Staates zu verletzen. Wir sind der Schweiz nicht nur durch die Grundzüge des Völkerrechtes, sondern auch durch insbesondere fernschweifliche Beziehungen an gebunden. Wir sind ihr in dem verpflichtet. (Beifall.) Auch den kleinen neutralen Staaten, Island und den skandinavischen Bändern, dem durch jene Lage besonders schwer bedrängten Spanien, wie auch den ansetzungsunfähigen noch nicht in den Krieg einbezogenen neutralen Bändern sollen wir Hochachtung und Dank für die mannhafteste

Tat mit der sie allen Anfechtungen und Bedrohungen zum Trotz bis her an ihrer Neutralität festhalten können. Wir wissen, daß die Welt sehr schön nach Frieden. (Sehr richtig.) Sie hat keinen anderen Wunsch, als daß die künftigen Kriege dieses Krieges an Ende gehen möchten. Aber es scheint nicht, daß diese Sehnsucht irgendwo bei der Entente abklingt. Noch immer ist sie bemüht, die Kriegslüge in ihren Veröffentlichungen auszuweifen. Krieg ist ein Verbrechen! Das war in, wie bekannt, auch die Parole, die die

Kongresse der Alliierten in Versailles ausgesprochen hat. Diese Parole hat wiederum auch in der Rede Lord Georges ein lautes Echo gefunden. (Sehr wahr!) Ich habe auch schon von anderen Stimmen gehört, die in England laut geworden sind, denn zu der Rede Muncinens hat sich nachdrücklich noch eine Lord Milners geäußert, die vielleicht noch vernehmlicher anerkennt ist. Wir können nur wieder diese Stimmen sich mehr und daß sich die darin ausgesprochene Stimmung allmählich durchsetzen vermag. Aber dazu ist es die höchste Zeit, denn die Welt steht am Wendepunkt vor der größten und schicksalsschwersten Entscheidung.

Entweder die Feinde entschließen sich, der Menschheit die Ruhe wiederzugeben, oder sie werden weiterhin Bestrebungen machen, um zur Verwirklichung bereit sein werden, wenn sie glauben den vordringlichen Wunsch des Eroberungsreiches noch fortsetzen zu können, dann werden unsere heftigen Truppen unter ihrer genauen Führung weiterzürücken. Doch und in welchem Umfange wir getötet sind, wissen auch die Feinde zu gut. Dazu wird ihnen, hervorzuheben, daß ein solches Vorgehen nicht weiter anerkannt. Aber das Blut der Gefallenen, die Qualen der Verwundeten und all das Leid und die Not der Waisen werden auf die Dauer stärker kommen, die der Menschheit auf dem letzten Augenblick widerstanden haben. (Beifall.) Beifall auf allen Seiten der Saale, langanhaltendes Sangesheulen auf allen Tribünen.)

Nach dem Reichstagen nahm sofort der Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr v. Payer, das Wort und führte etwa folgendes aus:

Wie, wie ich, diesem Hause 36 Jahre angehört hat und mitten aus Ihrem Reichen heraus in die Regierung berufen worden ist, der kann Ihnen

nicht wie ein Fremder gegenüber stehen. Umgekehrt betrachte ich es als einen höchsten Bestandteil meiner jetzigen verantwortungsvollen Stellung im Hinblick auf die langjährige Tätigkeit im Saale, einem vertrauensvollen und reibungslosen Zusammenarbeiten von Volkswirtschaft und Regierung die Wege zu ebnen. (Beifall.) Meine Bitte geht dahin, die Herren wollen, damit dieses Ziel erreicht werden kann, das persönliche Wohlwollen und Vertrauen, dessen ich mich in Ihrer Mitte so vielfach erfreuen durfte, mit auch in meiner jetzigen Stellung beifügen. (Allgemeiner Beifall.)

Somit, im vierten Jahre des Krieges, kann ich für

Die deutsche innere Politik

über die ich sprechen möchte, nur den Gesichtspunkt hegen: **Wie** man es an einem aller Kräfte in Reich, damit die Aufgabe des Staates ermöglicht und erleichtert wird, den Krieg zu einem Frieden zu führen. Zu diesem Zwecke muß beifolgt werden, was heute noch zwischen und zwischen den verschiedenen Bevölkerungszweigen liegt. (Beifall.) Der Grund zu dieser Politik wurde bei Beginn des Krieges gelegt durch das Kaiserwort vom 4. August 1914. Der spätere Reichstagspräsident Dr. von Helldorf hat auf dieser Grundlage weitergebaut. Ihm gebührt dafür der Dank des ganzen deutschen Volkes. (Beifall.) Er und sein Nachfolger sind ihrer Stellung unwürdig treu geblieben. In der ersten Zeit des Krieges ist das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr“, in der Durchführung so gut wie allgemein anerkannt worden. Die selbstverständlichen Prinzipien des Volkes ist es missverständlich, daß wir bisher den nachdrücklichsten Anpreß unserer Feinde standhalten konnten und daß wir heute in nach allen Richtungen gesicherten Stellungen den weiteren Entwicklung der Dinge entgegenstellen können. Damals hielt der Gehalt, daß gleiche Pflichten die gleichen Rechte nach sich ziehen müßten, keinen Eingang in Deutschland. (Zustimmung.) Bedauerlicherweise, aber verständlicherweise hat manches Vorkommnis der jüngeren Zeit in diese Stimmung Schöße gelegt. Der Burgfrieden wurde von mancher Seite in dem Winkel gestellt, über in seiner weit über alle Grenzen hinausgehenden Bedeutung und des Friedenszeichens der Einigkeit und des Zusammenhaltens, und es wird so lange unter ihm stehen, bis der Friede gestiftet ist, was wir brauchen und erhalten werden. (Beifall.) Der Opfer der einzelnen geht es dabei nicht an. Es ist einleuchtend, daß denen, die wirtschaftlich schwächer sind als die anderen,

Unterstützung von denen gewährt werden muß, die stärker und reicher sind. (Sehr richtig.) Selbstverständlich ist auch, daß die große Zahl der Unbeschäftigten, von dem Frieden nach politischer Betätigung, nach politischer Arbeit und nach Einfluß auf die Regierung befreit wird. (Sehr richtig.) Die verbundenen Regierungen haben ihrerseits manchen Gesichtspunkt ausgeführt, an dem sie früher festgehalten haben. Die Regierungen waren sich ihrer Pflicht bewußt, von Reichs wegen für die ständig wachsende, aber immer mehr notwendig werdende Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen, ihrer Kinder und ihrer Hinterbliebenen, zu sorgen. Die Reichsregierung hat durch die

Erhebung der Altersgrenze

den Rentenbogen ganz wesentlich erleichtert und sie hat sich nicht an die materiellen Fragen gehalten. Die Reichsregierung hat den freischaffenden Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen und durch Abänderung des Vereinsgesetzes, durch

Novelle zum Strafrecht

die der Freiheit der Einzelnen annehmend. Die verbundenen Regierungen sind auch bemüht, auf diese Weise weiterzuarbeiten. (Beifall.) Dem haben diese fünf Gesetze eines Reichstagesantrages auszuweisen, der uns in hohen, lang Römke auf diesen politischen und sozialen Gebiete betrieblend schließt wird. Der Entwurf eines Gesetzes über die

Neueinteilung der Wahlkreise

zum Reichstag soll Unklarheiten und Rechtsverwirrungen, die schwer empfunden worden sind, ein Ende bereiten. Er soll zugleich die Stöße auf die Durchführung der Verhältniswahl im Großen werden. Der Entwurf betreffend die Aufhebung des § 13 des Reichs-Wahlgesetzes soll auch auf den Wahlkreis im kritischen Gebiete Frieden schaffen. Die Entwurfe der Gesetz zur Befähigung der Geschäftsführerinnen und gegen die Veränderung von Geburten sollen schwere soziale Mißstände aus der Welt schaffen. Kommen wird noch eine Bundesgesetzordnung, die dem guten Willen der Regierung, allen berechtigten Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen, kann niemand zweifeln. Das Vorhaben der Reichsleitung und der verbundenen Regierungen, auf dem Gebiete der Volkswirtschaft alle Erfordernisse zu befriedigen, erspricht sich aber mit den beiden Vorlagen nicht. Im Schoße der Regierung wird noch eine

Vorlage zur Wohnraumbesserung

beraten. Es geht aus einem der besten Zeichen für unsere wirtschaftliche Kraft und für den sozialen Frieden der besterhaltenen Gesellschaftsrichtungen anzuzeigen werden, daß heute schon vielfach auf dem Gebiete des Wohnwesens die Gemeinden miteinander arbeiten. (Beifall.) Zur Erfüllung aller Ansprüche wird aber die freiwillige Hilfe und die Kraft der Gemeinden nicht ausreichen. Es werden auch staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Regierung hat sich entschlossen, die Pflicht der Einzelnen, nicht des Reiches, (Hört, hört und sehr richtig.) Die Reichsleitung verkennt aber nicht, daß die erforderlichen Einrichtungen wenigstens zurzeit zum Teil über die Kräfte der Einzelnen hinausgehen und daß sie bereits im Interesse der beherrschenden Bevölkerung aus ihr selbst ohne unzulässige Komplexität zu realisieren. Die Reichsregierung ist bemüht, Gemeinden und Einzelnen nicht bloß ihre organisatorische Beihilfe zuteil werden zu lassen, sondern auch finanziell zu unterstützen. Auch die Einzelstaaten sind sich des Bedotes der Stunde bewußt. Das hervortragende Beispiel ist die Einbringung des Gesetzes über die

Änderung des Wahlgesetzes zum Abord.

in Preußen, eine Aufgabe, die von Jahr zu Jahr dringender geworden und von Jahr zu Jahr dringender verstanden wurde. Jetzt erfüllt die Lösung dieser Aufgabe alle Gemüter im Reiche auf das Heftigste. Das ist gewiß an und für sich eine rein preussische Angelegenheit und es liegt mir fern, mich in die Angelegenheiten des Bundesgebietes Preußen einzumischen zu wollen. Es kann aber nicht ohne die unzulässige Komplexität zu realisieren. Die preussische Abgeordnetenversammlung ein dem Reichsamtpräsident entgegenzusetzen Wohlgefallen besetzen kann, schon wegen der klaren Einwirkung des Staates Preußen auf die Gesetzgebung des Reiches, von größter Bedeutung ist. Deshalb können nach Erwägungen über diese Frage nicht aus den politischen Erwägungen des Reichstages ferngehalten werden, wie es auch die Frage des preussischen Wahlgesetzes in der Entscheidung der letzten Wahlen, obwohl diese sich nicht auf Preußen beschränkt, eine sehr wesentliche Rolle gespielt hat. Die Regierung sieht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Herrn Reichstagspräsidenten und preussischen Ministerpräsidenten anerkennen und auf dem Boden der Erklärungen des Reichstagspräsidenten und Ministers des Innern, die sich unlängst dafür ausgesprochen haben, daß der

Standpunkt der kaiserlichen Politik

vom 11. Juli 1917 unverändert festhalten und dementsprechend die Reform durchgeführt werden müsse. Die Reform ist auf einem guten Wege zu sein, bis sie vor wenigen Tagen durch den bekannten Beschluß der Mehrheit des Reichstages auf ein totes Geis verwandelt zu sein scheint, an dem zu dem notwendigen Ziele zu gelangen als ein Ziel vorliegt.

Was nun die kaiserliche Politik angeht, die denkbare sind, werden in der Öffentlichkeit mit Eifer so diskutiert, wie wenn der Entwurf schon endgültig entschieden wäre. An dem ist es aber nicht. In parlamentarischen Leben ist schon mancher Gegenstand ebenso diskutiert gewesen und doch noch alljährlich unter Tag und Nacht gekommen. Ich kann an die Möglichkeit nicht denken, daß diejenigen Parteien, in deren Hand jetzt die Geschicke liegen, sich der Anstöße verschließen werden, was wir der Allgemeinheit in dieser kritischen Stunde schuldig sind. Sie werden auch den Verdacht von sich weisen, als ob es auf eine doch sichererdingens unerlässliche Verfeinerung der Frage ankomme. Ueber das zu erwartende Resultat der weiteren Verhandlungen kann heute niemand ein unzweifelhaftes Urteil fällen. Aber Schluß lassen sich immerhin ziehen. Wenn es interessiert, meine persönliche Meinung kennen zu lernen, möchte ich sie dahin zusammenfassen: Nach meiner festen Überzeugung besteht die Gewißheit, daß es im Entwurf vorerledete Wohlchancen liegt. Es besteht die begründete Hoffnung, daß es auch bald kommt. (Beifall.) Wollen Sie mich meinen Gedanken noch wieder aufnehmen: Zu dem Waise, als die verbundenen Regierungen sich zu Trägern einer neuen, den neuen Verhältnissen entsprechenden Politik machten, ist ihnen auch das Vertrauen der Bevölkerung und das Vertrauen der Volkswirtschaft zuwachsen. Reichstag und Reichsregierung sind sich abgerufen, um alle die Fragen zu lösen, deren Lösung die Stunde gebietet. (Beifall.)

Die innere Streit

hat die Hoffnung der Feinde an unsern schließlichen Zusammenbruch nicht befestigt, die Friedenshoffnung bekräftigt, den Krieg direkt beendigen und hat viel Unheil und Not über einzelne Individuen und Familien gebracht, und wenn es nicht noch schlimmer geworden ist, so ist das nicht das Verdienst seiner Urheber. Es konnte doch wirklich niemand daran denken, daß

das deutsche Volk in den Fesseln anliegen würde, um sein inneres und äußeres Leben mit dem Denken des Bolschewismus zu verbinden. Auf dem Grundriss hätte der Welt nicht nur dann eine Eins erreicht, wenn es durch die Welt hätte. Die Möglichkeit des Friedens ist immer weiter ab, sobald der Geistes Zustand einer Umwälzung bei uns zu erkennen scheint. Der Reichstag geht dann auf die Reichsleitung über und besetzt, was der Reichstag nicht daran denkt, die Organisationen, die für den Krieg entstanden, aber auch nur für den Krieg geschaffen sind, zu verewigen. (Beifall.) Sie können vielleicht in dem Augenblick des Friedens schaffens befristet werden, aber auch dem Wandel und der Veränderung in der Heeresangelegenheit nicht möglich.

Zum Schluß erneuerte der Reichstagspräsident

Bitte um Einigkeit und Einigkeit. Jahre schwerer Kämpfe und Entbehrungen liegen hinter uns und veranschaulicht nur die eigenen menschlichen Voraussetzungen, die die Spanne Zeit, die uns noch zum Frieden trennen wird. Nur eines kann uns jenen Feinden helfen: Das heißt Einigkeit hinter der Front (Stimmiger Beifall und Sanktionen in der Mitte und Widerspruch links, Punkte und Zusätze rechts, Erregter lauter Beifall links und im Zentrum, wodurch der Widerspruch der Rechten erstickt wird.)

Vizepräsident Dr. Baumbach: Das Bundeskanzleramt und das Justizamt entspricht nicht der Würde des Hauses. Ich schlage vor, die nächste Sitzung morgen 11 Uhr nachmittags abzuhalten.

Herr Freilinger von Gump (Rechts): und Prinz zu Schyren-Großsch (Links), beantragen den Anfang der morgigen Sitzung auf 1 Uhr festzusetzen.

Herr Graf Westphal (Links): Ich beantrage erst um 2 Uhr zu beginnen damit wir genügend Zeit haben, den Wortlaut der

herauszubereitenden Rede zu studieren, die wir hören gehört haben. (Lauter Beifall rechts, Widerspruch links.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Grafen Westphal gegen die Stimmen der Konfessionen abgelehnt. (Stimmiger Beifall und Zustimmung links.)

Der Beginn der Sitzung wird auf 1 Uhr festgesetzt. Tagesordnung: Fortsetzung der allgemeinen Aussprache über den Etat.

Herr v. Payer stellvertretender Vorsitzender im Bundesrat.

Der Reichstagspräsident v. Payer wird von nun an in seiner Eigenschaft als stellvertretendes Mitglied des Bundesrats für Preußen auch der Reichsleitung in die Angelegenheiten des Bundesrats zu führen. Bei Übernahme seines Amtes als Reichstagspräsident übertrug Herr v. Payer, wie wir weiter betonen, auch sein Amt als Mitglied des Aufsichtsrates der „Frankfurter Zeitung“ niederzulegen.

Eine fortschrittliche Entschließung zur Polenfrage.

Polen, 25. Februar. Der Provinzialparlamentarismus der fortschrittlichen Volkspartei für die Provinz Posen trat am Sonntag, 24. Februar, in Polen zusammen und löste am Polentage eine Entschließung, in der unter Betonung der Unabhängigkeit der ehemals polnischen Landesteile vom Königreich Preußen und des deutschen Charakters aller ihrer Staatsorgane zu erklären wird, daß deutsche Bildung und deutscher Bevölkerungsstand in der Ostmark nicht, andererseits die polnische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung gemäßigt werde. Unbedingte Voraussetzung für die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung sei die Anerkennung auf polnischer Seite, daß die kaiserlichen Grenzen der preussisch-polnischen Landesteile unverschränkt sind.

Es geht in der Erklärung mitteil:

„Wir hoffen sehr an dem deutschen Charakter und der deutschen Unterwerfung unserer Volkspartei, die auf sinnvollen Grundrissen unter Zusammenfassung der konfessionellen Interessen anzuweisen ist. In polnische Länder der Unterliege, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, darf der polnischen Unterricht in polnischer Sprache erteilt werden. Die geistliche Schulverwaltung ist, wo sie noch besteht, zu beibehalten. Die polnische Sprache als Unterrichtssprache ist in den Schulen der gemischtsprachigen städtischen Landesteile, insbesondere in den höheren und mittleren Schulen, einzuführen. Das deutsche Schulwesen ist, soweit es sich auf die Schaffung von Heilmitteln für deutsche und polnische Arbeiter im Sinne zu lassen. Die wirtschaftliche Hebung der Ostmark ist durch Förderung der Industrie, insbesondere durch den Ausbau der Kohlenbergbau (Schwarz-Stein-Kohle) und der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Die Hebung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung in den ehemals polnischen Landesteilen erfordert die Einführung des Verhältniswahlrechts bei den Wahlen zum Reichs- und Provinzialparlament. Die Dienstverhältnisse der Beamten und Lehren unterliegen auch nach dem polnischen Recht. Die Bestimmungen des Reichs- und Provinzialparlamentes sind anzuwenden.“

Kein Ultimatum an Griechenland.

Berlin, 25. Febr. Die Meldung eines englischen Blattes aus Athen, daß mit der Möglichkeit eines Ultimatum der Mittelmächte an Griechenland gesondert werde, ist als unrichtig.

Wie der verstorbene Großherzog gefunden wurde.

Berlin, 25. Februar. Zum Tode des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz meldet die „S. Z.“ aus Neu-Stralitz folgende Einzelheiten. Großherzog Adolf Friedrich unternahm am Sonnabend mittags einen Spaziergang wie immer allein. Als er aber nicht zurückkam, ließ man durch die Bedienten den Park, die umliegenden Gärten absuchen, weil man einen Hinweis auf den Verbleib des Großherzogs erwartete. Als die Nachforschungen erfolglos blieben, holte man Sonntag vormittag Militärs zu Hilfe herbei. Auch Kriminalbeamte aus Berlin beteiligten sich mit Polizeibeamten an der Suche. Gegen Mittag fand der Leichnam in einem Graben am Rammkanal, eine Stunde vom Großherzoglichen Schloss entfernt, die Länge und einen Handspaten und neben der Länge des schwarzen Wergurtes des Großherzogs, der der ständigen Begleiter des Großherzogs war. Man öffnete nun die Leichen des Rammkanals und fand unterhalb des Fundortes der Wille schließlich die Leiche des Großherzogs, die von der Strömung bereits mehrere hundert Meter fortgeritten worden war. Die Leiche



